Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2019 · 58:1381

<https://doi.org/10.1007/s00120-019-01058-y>

© Springer Medizin Verlag GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Redaktion

Dr. R. Zielke (V.i.S.d.P.)

BvDU-Geschäftsführer

Kantstr. 149

10623 Berlin

Arbeitszeiterfassung verunsichert Ärzte und Klinikbetreiber

Für die meisten Ärzte, Klinikbetreiber und Unternehmer gehört die Arbeitszeiterfassung zum Alltag – und dennoch fürchten die meisten Personalleiter die drohende Verschärfung der Dokumentationspflichten. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im zweiten Quartal unter 1000 Personalleitern hervor. Erst Mitte Mai hatte ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Mit ihrem Urteil verpflichteten die Richter Arbeitgeber in der Europäischen Union die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter systematisch in einem objektiven, verlässlichen und zugänglichen System vollständig zu erfassen. Ob das Arbeitszeitgesetz der Bundesrepublik, das derzeit lediglich zu einer Dokumentation der Überstunden verpflichtet, geändert werden muss, um dem Urteil des EuGH gerecht zu werden, ist derzeit noch unklar.

<https://www.ifo.de/node/45198>

Quelle: ifo-Institut, Ärzte Zeitung

Keine Einigung bei EBM-Reform

Der überarbeitete EBM kommt nicht wie geplant zum 1. Januar 2020. KBV und Krankenkassen konnten in entscheidenden Fragen noch keinen Konsens erzielen, sodass der Termin nochmals verschoben werden muss. Der Bewertungsausschuss hat im September einen neuen Zeitplan aufgestellt. Der weiterentwickelte EBM soll danach zum 1. April 2020 in Kraft treten. Die Beschlussfassung ist für Dezember geplant. Zudem wurde der Erweiterte Bewertungsausschuss (EBA) eingeschaltet, der jetzt in den strittigen Punkten zwischen den Verhandlungspartnern vermitteln soll.

Quelle: KBV

eAU ab 2021 beschlossen

Das Bundeskabinett hat im September den Entwurf des 3. Bürokratieentlastungsgesetzes beschlossen. Damit stellt die Koalition der Wirtschaft einen Verwaltungskostenrückgang um rund 1,1 Milliarden Euro in Aussicht. Allein die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung senke den Bürokratieaufwand der Unternehmen um rund 500 Millionen Euro, versichert Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Vorgesehen ist mit dem Gesetz, dass Arbeitgeber künftig die AU digital bei den Kassen abfordern. Mit dem TSVG wurde zuvor bereits die elektronische Weiterleitung der AU vom Arzt an die Krankenkasse geregelt. Beide Neuerungen sollen am 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Quelle: Ärzte Zeitung

Öffentlicher Ärzte-Apell im Stern

Ärzte und Wissenschaftler fordern, den kaufmännischen Krankenhaushausdirektoren das Heft des Handelns wieder aus der Hand zu winden. Eine Neuordnung der Krankenhauslandschaft sei nötig. Ärzten dürften keine Entscheidungsträger vorgesetzt sein, die vor allem die Erlöse, nicht aber die Patienten im Blick hätten, heißt in einem Anfang September im „Stern“ veröffentlichten Text. Gleichzeitig wird ein „Masterplan“ für einen Umbau der Krankenhauslandschaft gefordert.

Adressat der Initiative sind auch Teile der Ärzteschaft selbst. Zu bereitwillig ordneten sie sich ökonomischen und hierarchischen Zwängen unter. „Wir rufen diese auf, sich nicht länger erpressen und korrumpieren zu lassen“, unterstreichen die Autoren des „Ärzte-Apells“.

Quelle: Ärzte Zeitung